

## Taiwan an der Schwelle zu den 90er Jahren - Perspektiven für eine stabile Demokratie?<sup>1</sup>

Günter Schubert

Der 2. Dezember 1989 könnte als historisches Datum in die Geschichte der Republik China auf Taiwan eingehen. Erstmals - will man den zahlreichen ausländischen Beobachtern Glauben schenken - kam es auf der nationalen und lokalen Ebene<sup>2</sup> zu freien Wahlen, an denen sich oppositionelle Parteien legal beteiligen konnten.

Damit scheint der kleine Inselstaat, der spätestens seit 1986 einen beschleunigten Prozeß der Implementierung innenpolitischer Reformen erlebt, seine erste wichtige Hürde in Richtung eines demokratischen Mehrparteiensystems überwunden zu haben. Taiwan - jahrzehntelang der Inbegriff einer autoritären, wenngleich überaus erfolgreichen, "Entwicklungsdictatur", die das Land auf den Weg in die industrielle Wohlstands- und Massengesellschaft gebracht hat - konterkariert damit die Entwicklung auf dem chinesischen Festland. Während dort das Aufbegehren der friedlichen Demokratiebewegung ein weiteres Mal - und diesmal mit bisher nicht gekannter Grausamkeit - unterdrückt wurde, verabschiedet sich hier die regierende Kuomintang (KMT) schrittweise und beständig von ihren alten Machtpositionen und stellt sich der oppositionellen Herausforderung.

Die folgenden Ausführungen bemühen sich um eine Standortbestimmung des politischen Systems der Republik China mit Blick auf den erreichten Grad und die Konsolidierungsperspektiven seines Demokratisierungsprozesses.

### Grundmomente des Demokratisierungsprozesses

#### 1. Die Reformen seit 1986

Obleich eine Liberalisierung des innenpolitischen Klimas - mit einigen Rückschlägen zwar - bereits seit Mitte der siebziger Jahre erkennbar ist, haben die Reformen seit 1986 zu einem qualitativen Sprung geführt. Zum offenkundigen Protagonisten dieser Entwicklung avancierte dabei der im Januar 1988 verstorbene Staatspräsident und KMT-Parteiführer Chiang Ching-kuo, ältester Sohn und Nachfolger des Nationalistenführers und Weggefährten Sun Yat-sens, General Chiang Kai-shek. Er initiierte überraschend im März 1986 eine Zwölfergruppe innerhalb der Partei, die Reformvorschläge insbesondere in sechs Bereichen ausarbeiten sollte: Reorganisation der drei Zentralparlamente, Erweiterung der lokalen Autonomie, Ausarbeitung eines neuen Sicherheitsgesetzes (welches das bis dato immer noch gültige Ausnahmerecht ersetzen sollte) sowie soziale und parteiinterne Reformen.<sup>3</sup>

Insbesondere das neue Sicherheitsgesetz, in dem auch die Bedingungen für die Etablierung oppositioneller Parteien verankert werden sollten, fand die Aufmerksamkeit der taiwanesischen Öffentlichkeit. Als Chiang am 15. Oktober in

einem Interview mit der *Washington Post* erklärte, das Kriegsrecht werde aufgehoben und die Registrierung neuer Parteien gesetzlich geregelt, hatte die bis dahin als relativ unorganisierte *Tangwai*<sup>3</sup> operierende Opposition bereits Fakten gesetzt.

Nach einer turbulenten Zusammenkunft von 135 *Tangwai*-Vertretern gründete sich am 28. September 1986 die erste genuin oppositionelle Partei in der Republik China, die Demokratische Fortschrittspartei (*Min-chu chin-pu tang*). Ihre zentrale, allerdings geschickt kaschierte programmatische Forderung, mit der sie ihr sofortiges Verbot riskierte, war die Unabhängigkeit Taiwans. Damit stellte sie die Ein-China-Politik der KMT infrage, eine der bis heute wesentlichen Legitimationsgrundlagen für die Vorherrschaft der Nationalisten auf der Insel und damit ein nationales Tabu-Thema. Das erwartete Verdikt blieb jedoch aus - die DFP konnte sich sogar an den Wahlen zur Nationalversammlung und zum Legislativ Yuan im Dezember 1986 beteiligen. Prompt übertraf sie dort das Ergebnis der gesamten *Tangwai* bei den letzten nationalen Wahlen zuvor (vgl. Tab.1).

Am 14. Juli 1987 wurde nach einer Dauer von 38 Jahren das Kriegsrecht - noch während des chinesischen Bürgerkrieges über die Insel verhängt - aufgehoben und durch ein neues Sicherheitsgesetz abgelöst. Obgleich dieses bis heute auf das heftigste von der Opposition kritisiert wird, weil es der KMT noch immer weitreichende autoritäre Vollmachten einräumt, muß es doch insbesondere unter dem Aspekt der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit für Zivilfälle als ein wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit betrachtet werden.<sup>5</sup>

Liberalisierungsmaßnahmen im Pressebereich seit Anfang 1988 führten zur Aufhebung des Verbots der Registrierung neuer Zeitschriften sowie der Zwölf-Seiten-Limitierung; seitdem hat sich der Zeitungsmarkt auf der Insel spürbar belebt. Allerdings wird insbesondere bei den 33 Rundfunk- und Fernsehstationen die ungebrochene personelle und inhaltliche Kontrolle durch die KMT deutlich.<sup>6</sup>

Ein weiteres Signal, das die fortgesetzte Bereitschaft der KMT zur innenpolitischen Demokratisierung unterstrich, war die Berufung eines Taiwaners, Dr. Li Teng-hui, zum neuen Staatspräsidenten der Republik China am 13. Januar 1988. Nach seiner zusätzlichen Wahl zum Parteivorsitzenden saß damit zum ersten Mal ein Einheimischer an der Regierungs- und Parteispitze. Dies hatte und hat noch heute seine besondere Bedeutung im politischen Geschehen auf der Insel, deren Geschichte und Politik seit der Flucht der Nationalisten 1949 maßgeblich von dem ethnischen Konflikt zwischen Festlandchinesen und Taiwanern geprägt ist (s.u.).

In diesem Zusammenhang sind neuere institutionelle Reformen von Bedeutung, zu denen es im Laufe des vergangenen Jahres kam. Im Januar 1989 wurde ein Gesetz verabschiedet, das in Zukunft zu einer entscheidenden Verjüngung und Taiwanisierung der nationalen Vertretungsorgane - insbesondere also der Nationalversammlung und des Legislativ Yuns - führen könnte. Darin wird es den Abgeordneten auf Lebenszeit<sup>7</sup> "anempfohlen", ihre Mandate aufzugeben, damit diese dem Quorum der frei gewählten Sitze hinzugefügt werden können; freilich ist dies mit dem Angebot fürstlicher Pensionszahlungen verbunden worden und rief somit z.T. wütende oppositionelle Proteste hervor.<sup>8</sup> Bisher konnten sich die greisen Altparlamentarier allerdings nur sehr zögernd zu einem solchen Schritt entschließen, so daß nach wie vor zumeist erst durch ihren Tod der Parlamentsplatz frei wird.

Ebenfalls im Januar kam es zu einem Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften unter Einschluß politischer Parteien, das allen, auch den bereits gegründeten Parteien, zu ihrer endgültigen Legalisierung eine staatliche Registrierung abverlangt und sie v.a. auf die Wahrung der nationalen Einheit und des Antikommunismus verpflichtet. Insofern ist es bis heute für jeden Oppositionellen gefährlich, die Frage der taiwanesischen Unabhängigkeit zu direkt in die politische Diskussion zu bringen - geschweige denn, sie offen zu fordern (obgleich dies während des letzten Wahlkampfes nicht selten geschah). Die KMT war die erste Partei, die einen entsprechenden Antrag einreichte - auch dies ein Anzeichen für das sich ändernde Rollenverständnis der Regierungspartei in der politischen Landschaft Taiwans. Bis Mitte August 1989 waren nicht weniger als 35 (sic!) Parteien beim Innenministerium eingetragen, von denen schließlich 16 an den Dezemberwahlen 1989 teilnahmen.<sup>9</sup>

Letztlich wurde ebenfalls zum Jahresbeginn 1989 ein neues Wahlgesetz auf den Weg gebracht, das die Chancengleichheit für die Opposition in den für sie bisher stark nachteilig reglementierten Wahlkampfperioden verbesserte.

Diese institutionellen Reformen fanden in den bereits angesprochenen, im großen und ganzen fairen nationalen Wahlen ihren bisherigen Höhepunkt; ungeachtet des enttäuschenden Abschneidens der KMT versicherte ihr Generalsekretär nur kurze Zeit später:

"We can calmly accept an upset. Our determination and sincerity to implement democracy will never change."<sup>10</sup>

Ungeachtet aller Skepsis ob der neuen Substanz des zukünftigen Kurses, den die KMT steuern wird - ein Zurückweichen hinter die bisher durchgeführten Reformen könnte von der Regierungspartei nur mit hohen politischen Kosten eingeleitet werden. Zumal dann, wenn die Opposition mittlerweile auch auf der nationalen Ebene parlamentarisch-demokratisch legitimiert agiert.

## 2. Die Etablierung der Opposition

Das politische System der Republik China kann als dual bezeichnet werden, denn es weist hinsichtlich der Wahlfunktion einen Trennstrich zwischen der lokalen und der nationalen Ebene auf. Während die KMT auf der kommunalen Ebene bereits seit den frühen 50er Jahren einen gewissen politischen Wettbewerb zuließ und zahlreiche sog. "Unabhängige" - später auch viele der *Tangwai* angehörende Politiker - in die Stadt- und Gemeindevertretungen sowie in die Provinzversammlung einzogen, monopolisierte die Regierungspartei die Macht in den nationalen Spitzengremien. Dies war eine logische Folge ihrer Ein-China-Politik, die die baldige Rückeroberung des chinesischen Festlands avisierte; dazu bedurfte es der umfassenden Kontrolle über den politischen Apparat, aber auch über die ökonomischen Ressourcen. Nur so erschien der KMT die materielle Vorbereitung auf die Invasion möglich; nur so konnte Taiwan zielgerichtet modernisiert werden und zu einer wirklichen Alternative zum Maoismus avancieren; und nur so konnten letztlich die ca. 1,2 Millionen geflüchteten Nationalisten untergebracht werden: im Partei- und Regierungsapparat oder den Staatsbetrieben.

Zwar verfügte die Führung 1969 - hauptsächlich aus legitimatorischen Gründen - erstmals die Wahl einiger weniger Abgeordneter zur Nationalversammlung und zum Legislativ Yuan und hat dieses Quorum bis zu den Dezemberwahlen 1989 beständig erhöht; bis heute jedoch werden beide Gremien nicht vollständig gewählt, nur langsam trägt die KMT der oppositionellen Forderung nach völlig freien Wahlen Rechnung.<sup>11</sup>

Tabelle 1: Wahlstatistik der Republik China 1969-1989

Partei	Wahljahr	Legislativ Yuan		Nationalversammlung			
		Mandate	% d.Mand.	Mandate	% d.Mand.		
KMT	1969	8	72,72	15	100,00		
Andere <sup>1</sup>		3	27,27	0	0		
KMT	1972/73	41	80,39	43	81,13		
CJP <sup>2</sup>		1	1,96	0	0		
Andere		9	17,64	10	18,86		
KMT	1975	42	80,76	-	-		
CJP		1	1,92	-	-		
Andere		9	17,30	-	-		
KMT	1980	79	81,44	61	80,26		
CJP		2	2,06	0	0		
CDSP <sup>3</sup>		0	0	1	1,31		
Andere		16	16,49	14	18,42		
KMT	1983	83	84,69	-	-		
CJP		2	2,04	-	-		
CDSP		1	1,04	-	-		
Andere		12	12,24	-	-		
KMT	1986	59	80,82	68	80,95		
CJP		0	0	0	0		
DFP		12	16,44	11	13,10		
Andere		2	2,47	4	4,76		
				Provinzial- regierung	Städte/ Bezirke		
				M. %d.M	M. %d.M		
KMT	1989	72	71,3	54	70,1	79	60
DFP		21	20,8	16	20,8	28	19
Andere		8	7,9	7	9,1	8	21

<sup>1</sup> Bis zur Gründung der DFP 1986 rangieren unter dem Begriff "Andere" sowohl die aktive *Tangwai* als auch eine Anzahl unabhängiger Politiker, deren Mandat sich zumeist auf eine starke lokale Basis stützt. Nicht selten kooperieren diese Parlamentarier mit der KMT.

<sup>2</sup> Chinesische Jugendpartei (Chung-kuo ching-nien tang).

<sup>3</sup> Chinesische Demokratisch-Sozialistische Partei (Min-chu she-hui tang).<sup>12</sup>

Die Wahlstatistik verdeutlicht, daß die taiwanesisische Opposition bereits auf eine relativ lange Zeit der Präsenz in den Zentralparlamenten zurückblicken kann und dabei relativ konstant zwischen 16 und 20% der überhaupt zur Wahl gestellten Mandate (und ca. 30% der Stimmen) für sich gewinnen konnte. Die Dezemberwahlen, die ersten nach dem Beginn der Reformperiode, erbrachten sogar einen oppositionellen Anteil von 30% der Mandate, z.T. sogar noch weit darüber hinaus (in den Gemeindevertretungen); allerdings ist es vor allem die DFP, die als wirkliche Opposition bezeichnet werden muß, da viele der "unabhängigen" Politiker nicht selten eng mit der KMT zusammenarbeiten und aus eher wahltaktischen Gründen keine Direktkandidatur anstreben. Auch die Wahlergebnisse auf der lokalen Ebene seit 1950 unterstützen das in Taiwan geläufige Wort von der "20%-Opposition".<sup>13</sup>

Der von der KMT bereits relativ früh institutionalisierte politische Wettbewerb hat - ungeachtet aller ihrer Manipulationsversuche - wesentlich zur Stabilität des Landes in den 50er und 60er Jahren beigetragen und die wirtschaftliche Modernisierung erheblich erleichtert. Daß in den achtziger Jahren nunmehr auch in zunehmendem Maße die Monopolstellung der KMT in den Zentralparlamenten schwindet und diese Öffnung auch offizielle Politik der Regierungspartei ist, spricht für die Ernsthaftigkeit ihrer Reformanstrengungen. Freilich geht der Opposition dies alles zu langsam. Allerdings ist ihr Argument, im Falle einer völligen Neuwahl der Zentralparlamente könne die KMT gekippt werden, aufgrund der Konstanz in ihren Wahlergebnissen eher zweifelhaft. Vieles spricht dafür, daß die Regierungspartei auch in einem solchen Fall ihr jetziges Quorum halten könnte - was die Opposition mit ihren z.T. überaus aggressiven öffentlichen Auftritten in einer an sozialer Stabilität und respektierter Autorität orientierten chinesischen Gesellschaft ohne Zweifel mitverantwortet.

### 3. Taiwanisierung

Ein wesentlicher Faktor der taiwanesischen Demokratisierung in den letzten Jahren ist substitutioneller Natur. Es handelt sich dabei um die wachsende Integration "einheimischer", auf Taiwan geborener, Eliten in die KMT-Partei-spitze sowie in die zentrale Exekutive. Obwohl die festlandchinesisch dominierte KMT nach der wichtigen Parteireform von 1950 und der Einführung der lokalen Selbstverwaltung bereits relativ früh eine Strategie der Penetration der taiwanesischen Gesellschaft mit ihren Parteizellen und "grassroots"-Organisationen betrieb, blieben das Zentrale Exekutivkomitee, vor allem sein Ständiger Ausschuß, sowie die Regierungsspitze (Exekutivuan) fest unter der Kontrolle der geflüchteten Festländer bzw. ihrer Nachkommen. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur - im übrigen bis heute konstanten - 15% an der Gesamtbevölkerung der Insel monopolisierten die Nationalchinesen damit lange Zeit eine Fülle an politischer Macht, die jedem Taiwanesen als pure Diskriminierung erscheinen mußte. Insofern war die Frage der "Taiwanisierung" der Schaltstellen des politischen Systems stets ein heißes Eisen für die Opposition.

Chiang Ching-kuo hatte bereits 1972, als er Ministerpräsident wurde und sich auf die Nachfolge seines drei Jahre später verstorbenen Vaters als Staats- und Parteichef vorbereitete, eine erste Welle der Rekrutierung einheimischer Eliten in Spitzenpositionen der Partei und der Regierung eingeleitet.<sup>14</sup>

Zwar handelte es sich dabei um langjährige KMT-Mitglieder - eine Signalwirkung hatte die neue Politik trotzdem. Dies wird insbesondere bei einem Blick auf die Ständigen Ausschüsse und verschiedene Kabinette der Republik China auf Taiwan in den letzten Jahrzehnten deutlich:

**Tabelle 2: Taiwanisierung I**

Die Ständigen Ausschüsse des ZEK 1952-1990

Ständiger Ausschuß	Total	Festländer	Taiwanesen	Taiwanesen in %	Alter
7. ZEK (Okt. 1952)	10	10	-	0	?
8. ZEK (Okt. 1957)	15	14	1	6,67	?
9. ZEK (Nov. 1963)	15	13	2	13,33	?
10. ZEK (Apr. 1969)	21	19	2	9,52	66
11. ZEK (Nov. 1976)	22	18	4	18,18	67
12. ZEK (Apr. 1981)	27	18	9	33,33	69
12. ZEK (Feb. 1984)	31	19	12	38,71	71
12. ZEK (März 1986)	31	17	14	45,16	68
13. ZEK (Mai 1988)	31	15	16	51,61	63

Tabelle 3: Taiwanisierung II

Ausgewählte Kabinette 1962-1990

Kabinett <sup>1</sup>	Total	Festländer	Taiwanesen	Taiw.in %	Alter
Chen Cheng <sup>2</sup> (1962)	13	12	1	7,69	61,83
Chiang Ching-kuo (1972)	16	10	6	37,50	60,44
Sun Yun-suan (1978)	20	13	7	35,0	62,55
Yu Kuo-hua (1984)	20	7	13	65,0	60,60
Yu Kuo-hua (1988)	21	12	9	42,86	61,71
Lee Huan (Jan. 1990)	19	10	14	73,68	59,73

<sup>1</sup> Angeführt sind nur die stimmberechtigten Kabinettsmitglieder. Die Unterschiede in der Gesamtzahl sind zumeist auf schwankende Ziffern bei den Ministern ohne Portefeuille zurückzuführen.

<sup>2</sup> Minister ohne Portefeuille sind nicht bekannt.

Obleich der Trend schon weiter zurückreicht, waren es erst die 80er Jahre, die in beiden Gremien den Sprung zur qualitativen Mehrheit von Taiwanesen brachten. Auch wenn diese Tatsache nicht überbewertet werden darf, da es sich bei den nachrückenden Eliten durchweg um bewährte Parteigänger handelt, ist der Opposition ein wesentliches Argument für ihre fortgesetzte Regierungsschelte wenn nicht ganz genommen, so doch zumindest geschwächt worden. Die KMT, im Prinzip schon längst eine taiwanesische Partei, hat sich nun auch in ihren unmittelbaren Führungsgremien zur "ethnischen Homogenisierung" bekannt. Daß damit langfristig einheimische Interessen gegenüber denen der Festlandchinesen besser zur Geltung kommen werden, versteht sich von selbst; dies kann zukünftig vor allem Konsequenzen für die Frage der taiwanesischen Unabhängigkeit und damit für das chinesisch-chinesische Verhältnis haben, da die engagiertesten Vertreter der Ein-China-Politik aus dem festlandchinesischen Lager kommen.

## Moderne Eliten und politische Differenzierung

Noch ein anderer subinstitutioneller Aspekt muß unter dem Gesichtspunkt veränderter, demokratischer Strukturen auf Taiwan berücksichtigt werden. In dem Maße, wie sich die politischen Spitzengremien im Lande taiwanisierten, wurden Eliten rekrutiert, deren soziopolitischer Hintergrund zunehmend deutlich von dem der alten Führungskader abweicht. Hier unterscheiden sich vor allem wieder die 80er Jahre von den vorausgegangenen Dekaden.

Tabelle 4a:

Berufs-/ Organisationshintergrund der Mitglieder in den Ständigen Ausschüssen 1952-1988 (in Klammern: % am Gesamtkörper)

Jahr	Militär	P/R/V <sup>1</sup>	Kultur/ Wissenschaft	Wirtschaft
1952 (7.ZEK)	2 (20)	6 (60)	2 (20)	-----
1957 (8.ZEK)	3 (20)	9 (60)	2 (13,3)	1 (6,7)
1963 (9.ZEK)	4 (26,7)	9 (60)	2 (13,3)	-----
1969 (10.ZEK)	5 (23,8)	8 (38,1)	3 (14,3)	5 (23,8)
1976 (11.ZEK)	4 (18,2)	8 (36,4)	3 (13,6)	7 (31,8)
1981 <sup>2</sup> (12.ZEK)	5 (19,2)	10 (38,4)	7 (27)	4 (15,4)
1984 (12.ZEK)	5 (16,1)	13 (42)	6 (19,3)	7 (22,6)
1988 (12.ZEK)	3 (9,7)	10 (32,3)	13 (42)	5 (16)

<sup>1</sup> Partei-, Regierungs-, Verwaltungsapparat

<sup>2</sup> zu einem Mitglied keine Angaben

Durch eine Zuordnung der Spitzenpolitiker innerhalb der KMT zu ihrem Berufs- bzw. Organisationshintergrund ist sowohl in den Ständigen Ausschüssen als auch den Kabinetten der Trend zur Berufung einer sog. "modernen Intelligenz", einer wachsenden Zahl von "Professionals" erkennbar. Es handelt sich dabei um Kader, die nicht der traditionellen Rekrutierungsbasis der KMT, also der Armeeführung oder dem Partei- und Staatsapparat, entstammen, wie dies insbesondere in den ersten Jahren nach der Flucht der Nationalisten der Fall war; vielmehr ging der größte Teil der heutigen Führungselite der KMT früher einer "zivilen" Beschäftigung nach: als Lehrer, Journalist, Wirtschaftsfachmann,

**Tabelle 4b:**  
**Berufs-/ Organisationshintergrund ausgewählter Kabinette 1962-1990**

Jahr	Militär	P/R/V	Kultur/ Wissenschaft	Wirtschaft
1962				
Chen Cheng	2 (15,4)	6 (46,1)	4 (30,8)	1 (7,79)
1972				
Chiang				
Ching-kuo	1 (6,2)	9 (56,3)	4 (25)	2 (12,5)
1978				
Sun				
Yun-suan	1 (5)	7 (35)	6 (30)	6 (30)
1984				
Yu				
Kuo-hua	2 (10)	7 (35)	8 (40)	3 (15)
1988				
Yu				
Kuo-hua	1 (4,8)	5 (23,8)	12 (57,1)	3 (14,3)
1990				
Lee Huan	1 (5,26)	6 (31,57)	12 (63,15)	-----

vor allem aber als Professor an einer Universität. Diese Politiker haben im Ständigen Ausschuß des ZEK der KMT seit 1988 die Mehrheit - in der Regierung wurde die entsprechende Schwelle bereits mit dem Kabinett Sun Yun-suan 1978 überschritten.

Es kann als sicher gelten, daß die zeitliche Korrelation von innerer Liberalisierung und dem o.g. Trend zur modernen Intelligenz in den nationalen Spitzenkreisen nicht zufällig ist. So ist die Dynamik der letzten Jahre zu wesentlichen Teilen auf die politische Orientierung und das politische Wirken dieser Eliten zurückzuführen. Hier spielt sicherlich deren Ausbildungshintergrund eine wichtige Rolle. Die "zweite Generation" der KMT-Führungskader ist sehr gut ausgebildet und verfügt zumeist über einen Universitäts- oder Collegeabschluß. Entscheidend ist jedoch der Ort der Ausbildung. Hier stellt sich heraus, daß insbesondere gegen Ende der 80er Jahre der Anteil derer mit einem universitären Hintergrund im westlichen Ausland - vor allem in den USA, sowohl als Student als auch in Forschung und Lehre - beträchtlich gestiegen ist. Daß diese Politiker durch ihren Kontakt mit dem westlichen Demokratieideal und seinen institutionellen Ausprägungen Erfahrungen gewonnen haben, die ihnen eine Demokratisierung des politischen Systems in Taiwan notwendig erscheinen ließ, ist eine nicht von der Hand zu weisende Hypothese. Gerade die Ereignisse in der Volksrepublik China haben gezeigt, daß der Erfolg von Reformen immer von den Erfahrungen derer abhängt, die die Macht ausüben; dort wo eine orthodoxe Clique von Greisen, deren Sozialisation sich unter ganz anderen Voraussetzungen vollzog, das Ruder führt, ist ihnen keine Zukunft beschieden.

**Tabelle 5a:**  
**Ausbildungshintergrund der Mitglieder der Ständigen Ausschüsse**  
**des ZEK 1969-1988<sup>1</sup>**

Jahr	Ausbildungsort			Ausbildungsabschluß	
	westliches Ausland <sup>2</sup>	Festlandchina/ Japan/Korea	Taiwan	Univ./ College	Militär- akademie
1969 (10.ZEK)	6	13	1	15	4
1976 (11.ZEK)	6	13	3	16	5
1981 (12.ZEK)	8	13	6	18	6
1988 (12.ZEK)	14	6	9	25	3

<sup>1</sup> Die Differenz zu der jeweiligen Gesamtzahl in den Ständigen Ausschüssen ist auf fehlende bzw. unzureichende Angaben über die betreffenden Politiker zurückzuführen.

<sup>2</sup> Insbesondere USA und Europa, z.T. auch Japan und Südostasien

**Tabelle 5b:**  
**Ausbildungshintergrund der Mitglieder ausgewählter Kabinette 1962-1990<sup>1</sup>**

Jahr	Ausbildungsort			Ausbildungsabschluß	
	westliches Ausland	Festlandchina/ Japan/ Korea	Taiwan	Univ./ College	Militär- akademie
1962 Chen Cheng	7	5	-	10	2
1972 Chiang Ching-kuo	4	9	2	13	2
1978 Sun Yun-suan	8	8	4	16	2
1984 Yu Kuo-hua	9	6	5	16	2
1988 Yu Kuo-hua	12	5	4	18	1
1990 Lee Huan	11	2	6	18	1

<sup>1</sup> Die Differenz zu der jeweiligen Gesamtzahl in den Kabinetten resultiert aus fehlenden oder unzureichenden Angaben über die betreffenden Politiker.

Das Zusammentreffen von jungen, westlichen Vorstellungen und Wertpräferenzen zugeneigten, reformorientierten Kadern und den älteren, konservativen Kräften in der Führungsspitze der Regierungspartei hat zu internen Spannungen über den zukünftigen Kurs der Politik geführt. Allerdings scheinen letztere dabei zunehmend in die Defensive zu geraten. Der Rücktritt Premier Yu Kuo-huas im letzten Jahr hat den orthodoxeren Kräften innerhalb der KMT Boden gekostet. Präsident Lee, der selbst in den USA studierte und vor seiner Parteikarriere Professor an der Nationalen Taiwan Universität war, gilt als Mittler zwischen beiden Fraktionen und ist ein Befürworter der innenpolitischen Reformen. Falls er die Präsidentschaftswahlen im März für sich entscheidet, dürften die Reformer - ohnehin schon in der Mehrheit - ihre Position endgültig stabilisiert haben.

Die Opposition wird hauptsächlich von Intellektuellen, allerdings taiwanesischer Herkunft, geführt; auch sie kann differenziert werden in gemäßigte Kräfte, die einen Ausgleich mit der KMT suchen und radikaleren Gruppen. Dies wird vor allem in der größten Oppositionspartei, der DFP, deutlich, die sich über die Frage der taiwanesischen Unabhängigkeit gespalten hat.<sup>15</sup> Hier muß die Zukunft zeigen, zu welchem Grad der Zusammenarbeit es zwischen den reformorientierten Politikern in der KMT und den gemäßigten Fraktionen in der Opposition kommen kann. Die Verstetigung des Demokratisierungsprozesses hängt wesentlich davon ab.

## 5. Außenpolitische Faktoren

Auch in der Außenpolitik hat die KMT - besonders mit Blick auf ihr Verhältnis zu Peking - eine flexiblere Strategie eingeschlagen, die auf die innenpolitischen Verhältnisse rückwirken könnte. Jahrzehntelang untermauerten die Nationalisten in Taipei ihren Alleinvertretungsanspruch über ganz China mit einer sturen chinesischen Version der Hallstein-Doktrin: jeder Staat, der mit Beijing diplomatische Beziehungen einging, wurde für die Republik China zur politischen Unperson. Daran änderte sich auch dann nichts, als Taiwan 1971 seinen UN-Sitz an die Volksrepublik China verlor und in die internationale Isolierung steuerte. Zur Zeit sind es gerade noch 26 politisch eher unbedeutendere Staaten vor allem in Zentralamerika, Afrika und dem Pazifik, die einen akkreditierten Botschafter in Taipei stationiert haben und deren Votum gegen Beijing nicht zuletzt mit günstigen Entwicklungshilfekrediten des wirtschaftsstarken Taiwans erreicht wurde ("Gelddiplomatie").<sup>16</sup>

Seit Anfang 1989 spricht man nun von der "flexiblen Demokratie" (T'an-hsing wai-chiao) im Inselstaat. Zwar steht die KMT nach wie vor zu ihrer Ein-China-Politik, die auch von Beijing zur unbedingten Voraussetzung einer Normalisierung des chinesisch-chinesischen Verhältnisses gemacht wurde; dennoch ist man nunmehr in Taipei dazu bereit, auch mit solchen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in solche Organisationen einzutreten, die bisher nur die VR China anerkannt haben, denoch aber an Kontakten zum "anderen China" interessiert sind. Zwar wittert Beijing hier einen Verrat an der gesamtchinesischen Sache, aber das beeindruckt Präsident Lee und seine Regierung offenkun-

dig wenig. Neben der Gewinnung neuer Weltmarktanteile steht dahinter auch die Chance zu internationalem Prestigegegninn, besonders nach den Juni-Geschehnissen in Beijing im vergangenen Jahr.

Die Tatsache, daß sich die KMT damit inhaltlich langsam von einem der Eckpfeiler ihres absoluten Führungsanspruches auf Taiwan distanziert - dem Primat der Ein-China-Politik und dessen Wahrung durch die Partei des Gründervaters der chinesischen Republik, Sun yat-sen,- wird die Frage nach der gesellschaftlichen Legitimation der KMT verschärfen. Immer wieder hat die Partei in der Vergangenheit unter Berufung auf die Gefahr einer kommunistischen Invasion und die damit verbundene Notwendigkeit von stabilen innenpolitischen Verhältnissen auf der Insel, ihr unliebsame Aktivisten eingesperrt, die Pressezensur verschärft und oppositionelle Tätigkeiten massiv behindert. Sollte die KMT dieses Prinzip eines Tages wirklich aufgeben oder - mit Blick auf die noch immer schwelende Invasionsgefahr durch die VR China - zwar daran festhalten, aber es zumindest nicht mehr zum Hebel einer innenpolitischen Verschärfung machen, so wäre für die Demokratie auf Taiwan sehr viel gewonnen.

### Schlußfolgerungen

Das politische System der Republik China ist sicherlich noch ein gutes Stück von der "funktionierenden Demokratie" in westlichem Verständnis entfernt. Mit der Installierung eines Mehrparteiensystems ist allerdings der vielleicht wesentlichste Schritt hierzu in dem nun schon einige Jahre währenden Demokratisierungsprozeß auf der Insel getan worden.

Der ethnische Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern, der nach dem Februaaraufstand 1947<sup>17</sup> die Dimension eines tiefen Grabens gegenseitigen Hasses und Mißtrauens angenommen hatte, ist weitgehend eingeebnet. Dazu trägt neben der "natürlichen" Homogenisierung in der Bevölkerung selbst vor allem die Taiwanisierung jener nationalen Spitzengremien bei, die bis in die achtziger Jahre hinein von Politikern festlandchinesischer Herkunft dominiert wurden.

Die wichtigste Konfliktlinie heute verläuft zwischen der KMT Spitze einerseits und der überaus heterogenen Opposition andererseits bzw. zwischen den dort jeweils rivalisierenden Fraktionen. Hier spielt auf Seiten der KMT eine wichtige Rolle, daß die nachrückende Generation der Führungskader den sog. "modernen Sektoren" entstammt: ausgebildet im westlichen Ausland, beruflich erst nach einer "zivilen" Karriere in den Apparat rekrutiert. Vieles spricht dafür, daß die Umsetzung demokratischer Reformen auf die liberale politische Orientierung dieser Eliten zurückzuführen ist. Da ihr Anteil innerhalb der wichtigsten Entscheidungsgremien der KMT zukünftig noch steigen dürfte, stehen die Chancen für eine Konstanz des Liberalisierungskurses der Regierungspartei gut.

Die Opposition gehört bereits heute zur politischen Normalität auf Taiwan, wengleich sie sich früher kaum in dem Maße entfalten konnte wie in der unmittelbaren Gegenwart. In ihren radikaleren Gruppen hat sie der KMT den Kampf angesagt. Deren Forderung nach einer taiwanesischen Unabhängigkeit könnte sich zu einem ernststen politischen Problem auswachsen und den orthodoxen

Kräften in der KMT - zumindest kurzzeitig - wieder Oberwasser geben. Allerdings würde dies den fortgesetzten Demokratisierungsprozeß allenfalls verzögern. Umkehrbar ist er dadurch nicht.

Denn letztlich ist der reformorientierte Flügel der Regierungspartei in der Frage des Ein-China-Prinzips nicht mehr so dogmatisch wie früher, was die Politik der "flexiblen Diplomatie" verdeutlicht. Allerdings steht für die KMT - übrigens genauso für nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung - die Frage der Wiedervereinigung nicht zur Disposition. Ob dies aus einem als realistisch eingeschätzten Glauben daran resultiert oder aus der Angst einer schwindenden politischen Legitimation auf der Insel, steht dahin und spielt auch keine entscheidende Rolle.

Insgesamt ist also von einer Konsolidierung und Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses in der Republik China auszugehen. Dabei dürfte die KMT noch eine geraume Zeit ihre dominierende Stellung halten können; dies nicht nur aufgrund ihrer gewachsenen organisatorischen Geschlossenheit und finanziellen Reserven gegenüber einer diesbezüglich noch nicht etablierten Opposition; auch die konfuzianische Orientierung der Bevölkerung, die der KMT wegen ihrer Verdienste um den ökonomischen Aufstieg der Insel und einer - allein durch das Auftreten der Opposition gefährdeten - sozialen Stabilität ein hohes Maß an legitimer Autorität zuweist, ist hier zu berücksichtigen. Diese Autorität einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, scheint die KMT aber grundsätzlich bereit zu sein.

## Anmerkungen

- (1) Das Manuskript zu diesem Artikel wurde Ende Januar 1990 abgefaßt. (2) Zur Wahl standen insgesamt 293 Sitze; davon entfielen 101 Sitze auf das Zentralparlament (Legislativ Yuan), das entspricht genau einem Drittel aller dortigen Mandate (302); 72 Sitze auf die Provinzversammlung, die komplett gewählt wird; 94 Sitze auf die Stadtverordnetenversammlungen von Taipei und Kaohsiung sowie 21 Mandate auf die Bürgermeister- und Bezirksvorsteherposten. Die KMT erlebte dabei eine unerwartete Schlappe. Obwohl sie knapp 70% der Sitze gewann (205), erlangte sie nur noch 53% der Stimmen. Die oppositionelle DPP konnte 38% der Stimmen auf sich vereinigen, was allerdings nur rund 22% der Sitze (65) entsprach. Dies war ihr bisher größter Erfolg (vgl. *The China Post*, 4. Dezember 1989; *Far Eastern Economic Review*, 14. Dezember 1989).
- (3) Vgl. hierzu Chou Yangsun/ Nathan, Andrew J., "Democratizing Transition in Taiwan", in: *Asian Survey*, Jg. 27, Nr. 3, 1987, S. 277-299.
- (4) Der Begriff *Tangwai* ("jene außerhalb der Partei") galt seit Ende der 70er Jahre als Sammelbezeichnung für alle politischen Kräfte, die sich in Opposition zur Regierungspartei stellten. Innerhalb der *Tangwai* gab es jedoch bereits sehr früh wichtige Differenzierungen. Zu den verschiedenen Strömungen vgl. u.a. Chiou, C. L., "Politics of Alienation and Polarization: *Tangwai's Tangwai* in the 1980s", in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 1986, Jg. 18, Nr. 3, S. 16-28.
- (5) Daneben regelt das Sicherheitsgesetz v.a. die Voraussetzungen für Parteineugründungen. Danach dürfen politische Versammlungen und Vereinigungen nicht gegen die Gebotstrias Konstitutionalismus, Nationale Einheit und Antikommunismus verstoßen. Die Tatsache, daß die Interpretation dieser Bestimmungen in den Händen der KMT verblieb, wurde besonders heftig kritisiert. Zu den einzelnen Bestimmungen des Sicherheitsgesetzes vgl. Nie Yu-hsi, "Nationales Sicherheitsgesetz verabschiedet", in: *China aktuell*, Jg.16, 1987, S.466.
- (6) Zur Kritik an einer unzureichenden "Medienliberalisierung" vgl. Seymour, J. D., "Taiwan in 1988: no more bandits", in: *Asian Survey*, Jg.29, Nr.1, 1989, S.54-63.

- (7) Art.2 der am 18.April 1948 von der Nationalversammlung auf Betreiben Chiang Kai-sheks angenommenen sog. vorläufigen Rebellion, die bis heute gültig sind und wesentliche Teile der Verfassung außer Kraft setzen, bestimmt das faktische "Einfrieren" der in den Jahren 1947/48 gewählten Mandate in den Zentralparlamenten. Damit versuchte die nationalistische Regierung in Taipei die Fiktion aufrechtzuerhalten, Gesamchina zu repräsentieren, da diese Parlamentarier die verschiedenen Festlandprovinzen vertreten.
- (8) Vgl. *The China Post*, 21.Januar 1989.
- (9) Vgl. *The Free China Journal*, 7.Dezember 1989; neben der z.Z. stärksten Oppositionspartei DFP - Mitgliederzahlen schwanken zwischen 8 000 und 20 000 - gelten die anderen Gruppierungen zumeist als Splitterparteien oder one-issue-parties. Einen zukünftigen Auftrieb dürfte angesichts sich zuspitzender Arbeitskonflikte die kleine Arbeiterpartei erleben.
- (10) James Soong, *The Free China Journal*, 7.Dezember 1989.
- (11) Nur 8,8% der Sitze in der Nationalversammlung, die den Präsidenten bestimmt, wurden bei den letzten Wahlen 1986 frei gewählt; im Legislativ Yuan waren es im Dezember des vergangenen Jahres immerhin schon ca. 30%.
- (12) Die Chinesische Jugendpartei (gegr.1923 in Paris) und die Chinesische Demokratisch-Sozialistische Partei (gegr.1946 in Shanghai) verbündeten sich bereits auf dem Festland mit der KMT. Ihre Stellung war und ist vergleichbar mit den früheren sog. "Blockparteien" in der DDR oder der VR China. Sie litten stets an starken internen Fraktionskämpfen und besitzen bis heute keinen nennenswerten politischen Einfluß. Allerdings gibt es seit geraumer Zeit Wiederbelebungsversuche dieser Parteien, die aktiver in den politischen Diskurs im Zuge der innenpolitischen Liberalisierung eingreifen wollen.
- (13) Vgl. hierzu die Wahlstatistiken von Lee, K. W., "Taiwan Provincial and Local Decision-Makers: Taiwanization", in: *Asian Profile*, Jg.15, Nr.2, 1987, S.179-195.
- (14) Unter seiner Federführung wurden sechs Taiwanesen ins Kabinett berufen und erstmals der Posten des Vizepremiers mit einem solchen besetzt. Auch die Posten des Gouverneurs von Taiwan sowie des Oberbürgermeisters von Taipei wurden an einheimische Politiker übertragen.
- (15) Hier steht die gemäßigte "Formosa Faction" der aktivistischen "China Tide Faction" gegenüber. Letztere hat ihre Abgeordneten im Legislativ Yuan mittlerweile zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die sich für ein Referendum über die Unabhängigkeit Taiwans einsetzt.
- (16) Zu den wichtigsten Staaten, mit denen Taipei diplomatische Beziehungen unterhält, gehören Südafrika, Saudi-Arabien und Südkorea.
- (17) Am 27. Februar 1947 kam es zu einer mehrtägigen Revolte aufgebracht der Taiwanesen gegen die nationalistische Provinzregierung, die erst zwei Jahre zuvor die Verwaltung der Insel von den Japanern übernommen hatte. Gouverneur Chen Yi und seine Truppen spiegelten damals die Gesamtverfassung der KMT wider: korrupt, nur an der Ausbeutung der Insel zugunsten des Krieges gegen Maos Rote Armee oder für eigene Zwecke interessiert. Der Aufstand wurde am 8.März blutig niedergeschlagen, wobei zwischen zehn- und zwanzigtausend Einheimische umkamen. Vgl. hierzu Kerr, G. H., *Formosa Betrayed*, Boston, 1965.